

**19.06.18**

## **Unterrichtung** durch die Bundesregierung

---

### **Stellungnahme der Bundesregierung zu der EntschlieÙung des Bundesrates zum Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten**

Bundesministerium  
für Gesundheit  
Parlamentarische Staatssekretärin

Berlin, 15. Juni 2018

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Regierenden Bürgermeister  
Michael Müller

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

zu der EntschlieÙung des Bundesrates zum Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten - BR-Drucksache 455/17 (Beschluss) - übersende ich Ihnen die beigefügte Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen  
Sabine Weiss

---

siehe Drucksache 455/17 (Beschluss)



**Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit zur Entschließung des Bundesrates  
zum Gesetz Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer  
Krankheiten**

**-BR-Drucksache 455/ 17 (Beschluss)-**

Das Bundesministerium für Gesundheit begrüßt das mit der Entschließung vom 7. Juli 2017 in BR-Drucksache 455/17 (Beschluss) zum Ausdruck gebrachte positive Interesse am Erlass einer Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung.

Derzeit begleitet das Bundesministerium für Gesundheit die Änderung der Richtlinie 98/83/EG des Rates vom 3. November 1998 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch auch mit Blick auf deren notwendige nationale Umsetzung sehr intensiv. Im Anschluss daran plant das Bundesministerium für Gesundheit auf der Grundlage von § 38 Absatz 2 Infektionsschutzgesetz einen Verordnungsentwurf für eine Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung zu erstellen, der die aktuellen allgemein anerkannten Regeln der Technik im Bereich der Schwimm- und Badebeckenwasserhygiene berücksichtigt und im erforderlichen Umfang auch Anforderungen in Bezug auf Schwimm- und Badeteiche regelt.